

GESUNDHEIT FÖRDERN DURCH AUFKLÄRUNG

von Frau Dr. med. Heidrun Thaiss, Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Krankheiten vorzubeugen ist sinnvoller als sie später mit viel Aufwand zu heilen, zumal dies in einer Reihe von Fällen nicht oder nur teilweise möglich ist. Da gesundheitliche Aufklärung entscheidend für eine ganzheitliche Versorgung sein kann und eine wesentliche Grundlage für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung darstellt, liegt sie in Deutschland im Interesse der Gesundheitspolitik und wird als eine übergreifende Daueraufgabe von allen staatlichen Ebenen unter Einbindung der Betroffenen durchgeführt.

Auch im Rahmen der von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 verabschiedeten Agenda 2030 nimmt das Thema Gesundheit eine zentrale Rolle ein. „Es ist gleichzeitig Ziel, Voraussetzung und Ergebnis einer nachhaltigen Entwicklung. Gesundheit ist ein Menschenrecht, das das Recht für alle auf ein erreichbares Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit anerkennt. Es schließt die Verfügbarkeit von quantitativ ausreichenden und qualitativ genügenden öffentlichen Gesundheitseinrichtungen ebenso ein wie den diskriminierungsfreien Zugang zu den vorhandenen Gesundheitseinrichtungen“ so die Bundesregierung in ihrem jüngsten Bericht zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) entwickelt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) seit 1967 in Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Kooperationspartnern Konzepte und



Frau Dr. med. Thaiss (1.v.r.) beim Pressegespräch zu Neuheiten der BZgA-Kampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“ (Quelle: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Köln)

„*Gesundheit ist ein Menschenrecht, das das Recht für alle auf ein erreichbares Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit anerkennt.*“

Strategien und setzt diese in Kampagnen, Programme und Projekte um. Ziel ist es dabei, die Möglichkeiten und die Bereitschaft des Einzelnen zu verantwortungsbewusstem, gesundheitsgerechtem Verhalten und zu sachgerechter Nutzung des Gesundheitssystems zu fördern und gleichzeitig gesundheitsförderliche Lebenswelten anzustreben.

Damit setzt sich die BZgA im Rahmen ihres Auftrags für die Umsetzung des globalen Nachhaltigkeitsziels Nr. 3 „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ ein.

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON
World University Service (WUS)
Deutsches Komitee e.V.
Informationsstelle „Bildungsauftrag Nord-Süd“
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611/9446170, Fax 0611/446489
infostelle@wusgermany.de, www.wusgermany.de

REDAKTION
Zaira Cesian, Stefanie Heise, Andrea Peters,
Sabine Roesler

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION
Haike Boller (verantwortlich), Jing Dünisch
ansicht Kommunikationsagentur
www.ansicht.com

NACHDRUCK
unter Quellenangabe erwünscht.
Um Zusendung von Belegexemplaren wird
gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare
sind erwünscht.
ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
die Länder Baden-Württemberg, Bayern,
Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg,
Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,
Rheinland-Pfalz und Saarland.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier,
ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen
Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwort-
lich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den
Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

“ Gesundheitsförderung bedeutet, dass Menschen in die Lage versetzt werden, die Einflussfaktoren auf ihre Gesundheit selbst zu gestalten. ”

Dabei muss berücksichtigt werden, dass die soziale Lage eines Menschen seine materiellen, sozialen und psychischen Gesundheitsressourcen beeinflusst. Dies zeigt sich sowohl in globaler, als auch in nationaler Perspektive. Nicht nur in Ländern des Globalen Südens, sondern auch in Deutschland besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Schichtzugehörigkeit und dem Risiko zu erkranken oder frühzeitig zu sterben.

Daher koordiniert die BZgA zusammen mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern die zwei Projekte „Kooperationsverbund gesundheitliche Chancengleichheit“ (www.gesundheitliche-chancengleichheit.de) und „European portal for action on health inequalities“ (www.health-inequalities.eu), deren Ziel es jeweils ist, bestehende Maßnahmen und Strategien zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten zu sammeln, Expertise auszutauschen und Beispiele guter Praxis zu identifizieren und weiter zu verbreiten.

Wie können nun durch gesundheitliche Aufklärung Wissen, Einstellungen und Fähigkeiten der Menschen gestärkt werden, sich gesund zu verhalten, Risiken zu erkennen und zu vermeiden? Hier spielt Bildungsarbeit eine zentrale Rolle. Seit 1987 hat die Bundeszentrale unter dem Dach der Kampagne „Gib Aids keine Chance“ eine der größten und umfassendsten Kampagnen zur Gesundheitsförderung in Deutschland umgesetzt.

Seit Mai 2016 wird die Kampagne unter dem neuen Namen LIEBESLEBEN fortgesetzt, um neben HIV auch andere sexuell übertragbare Infektionen (STI) sowie weitere Themen der sexuellen Gesundheit effektiv und zeitgemäß kommunizieren zu können. Durch diese Kampagne wird die Enttabuisierung

des Themas STI vorangetrieben und die Solidarität mit von HIV-betroffenen Menschen gefördert. Sie klärt auf über Risiken, Nicht-Risiken und Schutzmaßnahmen und aktiviert zur Kondomnutzung und zum Arztbesuch bei Verdacht auf eine STI.

Als staatliche Organisation wendet sich die BZgA an die Allgemeinbevölkerung, während sich die Selbsthilfeorganisation Deutsche AIDS-Hilfe vorrangig an die von HIV und AIDS besonders betroffenen Gruppen richtet. Die BZgA kooperiert - national wie international - mit vielen Fach-Organisationen, Fach-Institutionen und Gruppen, wie z. B. Beratungsstellen vor Ort, Lehrkräften, der Ärzteschaft und Apotheken, der Deutschen AIDS-Stiftung und dem Verband der privaten Krankenversicherung (PKV), der eine Fülle zusätzlicher Maßnahmen ermöglicht.

Um eine nachhaltige Gesellschaft zu erreichen und gute Gesundheitsversorgung zum Standard zu machen, bedarf es besonders der Aufklärung und Information benachteiligter Gruppen, die häufig einen schlechteren Zugang zu Gesundheitsleistungen haben. Die BZgA richtet sich auch an Menschen mit Migrationshintergrund, von denen viele durch die deutschsprachigen Angebote bereits erreicht werden. Für Migrantinnen und Migranten ohne gute Deutschkenntnisse bietet die BZgA fremdsprachliche Materialien in insgesamt rund 30 Sprachen an.

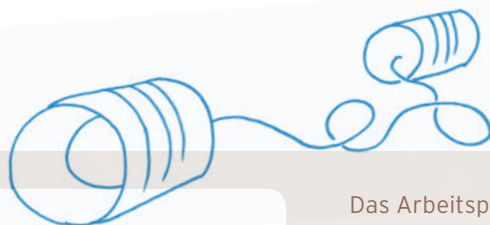
Gesundheitsförderung bedeutet, dass Menschen in die Lage versetzt werden, die Einflussfaktoren auf ihre Gesundheit selbst zu gestalten. Diese Einflussfaktoren liegen zum großen Teil in unserer direkten Lebensumgebung - den Verhältnissen am Arbeitsplatz, in der Familie oder der Gemeinde, in der wir

leben. Daher verfolgt die BZgA zentral den Lebenswelt- oder Settingansatz der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Es geht z. B. um die Entwicklung guter und gesunder Kitas und Schulen. Eltern, Lehr- und Erziehungskräfte sowie die Kinder werden unterstützt ihre Lebenswelt gesünder zu gestalten.

Die WHO hat bereits 1978 in der „Erklärung von Alma-Ata“ festgestellt: „Die Konferenz bekräftigt mit Nachdruck, dass Gesundheit, die der Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen ist, ein grundlegendes Menschenrecht darstellt und dass das Erreichen eines möglichst guten Gesundheitszustands ein äußerst wichtiges weltweites soziales Ziel ist, dessen Verwirklichung Anstrengungen nicht nur der Gesundheitspolitik, sondern auch vieler anderer sozialer und ökonomischer Bereiche erfordert.“ (Erklärung von Alma-Ata: www.euro.who.int/de unter Publikationen - Grundsatzdokumente).

Im Rahmen eines gesetzlichen Auftrags unterstützt die BZgA die Krankenkassen darin, die Art und Qualität der Gesundheitsförderung in Lebenswelten zu verbessern, siehe hierzu auch die Publikation „Gute Praxis für gesundheitliche Chancengleichheit - Die Good Practice-Kriterien und Praxisbeispiele“, die online unter www.bzga.de/infomaterialien abrufbar ist. Dementsprechend sollte das SDG Nr. 3 auch in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit einen hohen Stellenwert bekommen, um deutlich zu machen, dass nachhaltige Entwicklung als Voraussetzung eine gute Gesundheitsversorgung für alle benötigt. Hierzu möchte die BZgA einen Beitrag leisten.

AKTUELLES



Ländersache Nachhaltigkeit: Die Umsetzung der Agenda 2030 auf Länderebene

Den Deutschen Ländern kommt eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Agenda 2030 zu. Das Arbeitspapier „Ländersache Nachhaltigkeit - Die Umsetzung der 2030-Agenda durch die Bundesländer“ von Uwe Kerkow, herausgegeben vom Global Policy Forum, gibt eine Übersicht über Strategien und Strukturen, die die Länder unter den Stichworten „Nachhaltigkeit“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ bislang geschaffen haben. So haben diverse Länder bereits im Vorfeld der Agenda 2030 ihre jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategien bzw. Entwicklungspolitischen Leitlinien überarbeitet.

Das Arbeitspapier diskutiert, ob die Länder mit ihren bisherigen Maßnahmen auf dem richtigen Weg sind, die Nachhaltigkeitsagenda bei sich umzusetzen. Neben dem umfassenden Bericht steht auch ein 10-seitiges Briefing zur Verfügung, welches die Ergebnisse des Berichts zusammenfasst. Beide Publikationen stehen zum Download auf www.globalpolicy.org zur Verfügung.

Info: Global Policy Forum, Königstr. 37a, 53115 Bonn, Tel.: 0228/9650510, europe@globalpolicy.org, www.globalpolicy.org

MATERIALIEN

Dokumentation der VENRO-Konferenz zu globaler Gesundheit

Am 28. September 2016 veranstaltete der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO) in Berlin die internationale Konferenz „Leaving no one behind in Global Health - Wie sollte Deutschlands Beitrag aussehen?“. Die Konferenz brachte Gesundheitsexpert/-innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft sowie Vertreter/-innen internationaler Organisationen zusammen. Ziel war, die Umsetzung des globalen nachhaltigen Entwicklungsziels (SDG) Nr. 3 „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ zu diskutieren und Empfehlungen für die deutsche Bundesregierung und internationale Stakeholder zu entwickeln. Die Inhalte und Ergebnisse wurden nun in einer Dokumentation veröffentlicht, die kostenlos unter www.venro.org/publikationen heruntergeladen werden kann. Weitere Informationen zum Engagement von VENRO im Bereich (globale) Gesundheit sowie Publikationen zum Thema finden Sie unter www.venro.org/themen/themen-gesundheit.

Info: Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO), Stresemannstr. 72, 10963 Berlin, Ansprechpartner: Bodo von Borries, Tel.: 030/263929913, b.borries@venro.org, www.venro.org

Infodienst Migration, Flüchtlinge und Gesundheit

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bietet zwei Informationsdienste an: Der InfoDienst „Gesundheitserziehung/ Gesundheitsförderung“ informiert Fachmitarbeiter/-innen in der Gesundheitsförderung. Er soll helfen, gezielt aktuelle Informationen zu erhalten und Netzwerke im Bereich Gesundheitsförderung zu stärken. Der Informationsdienst „Migration, Flüchtlinge und Gesundheit“ ist

aus dem InfoDienst des bundesweiten Arbeitskreises „Migration und öffentliche Gesundheit“ hervorgegangen, der vom Büro der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung koordiniert wird. Er richtet sich an alle, die im Bereich Migration, Flüchtlinge und Gesundheit arbeiten. Beide InfoDienste erscheinen vier Mal jährlich gedruckt und im Internet unter www.bzga.de/service/infodienste. Sie enthalten Hinweise auf Veranstaltungen, Materialien, Projektberichte, Dokumentationen und vieles mehr.

Info: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), InfoDienst, Maarweg 149-161, 50825 Köln, Tel.: 0221/89920, infodienst@bzga.de, www.bzga.de

Unterrichtsmaterialien und Bildungs- veranstaltungen zum Thema Tuberkulose

Gemeinsam mit der Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e. V. (DAHW) hat die BUKO Pharma-Kampagne die Unterrichtsmappe „Da kriegste die Motten!“ zur globalen Armutserkrankung Tuberkulose für die Oberstufe herausgegeben. Sie besteht aus Lehrer/-innenbroschüre, Hintergrundpublikation und Arbeitsblättern und ist kostenlos zu beziehen. Im Zentrum steht ein Planspiel, das einen Lobbying-Prozess rund um das UN-Nachhaltigkeitsziel Nr. 3 „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ und eine Welt ohne Tuberkulose simuliert. Parallel dazu werden Unterrichtsbesuche und Lehrer/-innenfortbildungen zum Thema angeboten. Auch die Straßentheatergruppe „Schluck&weg“ wird das Thema Tuberkulose in einem Stück aufgreifen und damit im September 2017 auf Tournee gehen. Schulen können die Theatergruppe zu sich einladen. Zudem sind begleitende Diskussionsveranstaltungen geplant. Außerdem bietet

die BUKO Pharma-Kampagne Schul- und Informationsmaterialien zu weiteren globalen Gesundheitsthemen unter der Rubrik „Materialien“ auf www.bukopharma.de an.

Info: BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Ansprechpartnerin: Claudia Jenkes, Tel.: 0521/96879482, cj@bukopharma.de, www.bukopharma.de

ANGEBOTE

Weltklasse!-Aktion 2017 zum Thema „Bildung darf nicht warten“

75 Millionen Kinder und Jugendliche in Krisen- und Konfliktgebieten gehen nicht zur Schule. Mit der Aktion „Weltklasse! Bildung darf nicht warten“ macht die Globale Bildungskampagne (GBK) auf dieses Problem aufmerksam und fordert Politiker/-innen zum Handeln auf. Sie sollen dafür sorgen, dass Bildung in Krisen und Konflikten in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik einen höheren Stellenwert erhält und mehr Geld in Bildungsförderung fließt. Die GBK setzt sich für die Erreichung des Ziels Nr. 4 der Agenda 2030 ein („Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung

gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“) und ruft Lehrer/-innen und Schüler/-innen auf, sich an der Weltklasse!-Aktion zu beteiligen.

Die Aktion läuft vom 24. April 2017 bis zu den Sommerferien. Möglichkeiten des Engagements sind beispielsweise das Verfassen von Briefen an Politiker/-innen oder die Berichterstattung über Bildungsungerechtigkeit. Zudem bietet die GBK Aktionsmaterialien an, die das Thema „Bildung in Krisen und Konflikten“ für den Schulunterricht aufbereiten und Ideen für Aktionen liefern. Das Material kann unter www.bildungskampagne.org/weltklasse kostenfrei heruntergeladen oder bestellt werden.

Info: Globale Bildungskampagne, c/o Oxfam Deutschland e. V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Ansprechpartnerin: Maren Jesaitis, Tel.: 030/453069650, info@bildungskampagne.org, www.bildungskampagne.org

E-Learning-Kurs zu Antibiotika-Resistenzen

Mit einem E-Learning-Kurs zu Antibiotika-Resistenzen bietet die BUKO Pharma-Kampagne innovatives Bildungsmaterial für Mitarbeiter/-innen der Entwicklungszusammenarbeit und Interessierte. Der Kurs spricht vielfältige Aspekte der Gesundheit von Mensch und Tier an und beleuchtet globale Zusammenhänge. Er zeigt auch, wie Empfehlungen zum rationalen Gebrauch von Antibiotika in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden können. Die sechs Module verschaffen einen strukturierten Überblick über die globale Problemlage bezüglich resistenter bakterieller Krankheitserreger. Dies betrifft neben der Gesundheit auch die Landwirtschaft und Nutztierhaltung sowie Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung. Sämtliche Anwendungsbereiche und Errungenschaften, aber auch die Risiken, die mit dem Gebrauch von Antibiotika einhergehen, werden thematisiert. Ein besonderer Fokus liegt auf den Ländern des Globalen Südens. Der Kurs kann kostenlos unter www.bukopharma-online-lernbox.de/Antibiotika-Resistenzen absolviert werden.

Info: BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Ansprechpartnerin: Hedwig Diekwisch, Tel.: 0521/96879482, hd@bukopharma.de, www.bukopharma.de

AUS EUROPA, BUND UND LÄNDERN

Globale Gesundheit ist Schwerpunktthema der deutschen G20-Präsidentschaft

Deutschland hat am 1. Dezember 2016 für ein Jahr den Vorsitz der G20, das zentrale Forum zur internationalen Zusammenarbeit der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer, übernommen. Ein Schwerpunktthema der deutschen G20-Präsidentschaft wird die globale Gesundheit sein. Am 19. und 20. Mai 2017 kommt Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe erstmals mit seinen Amtskolleg/-innen in Berlin zusammen, um das globale Gesundheitskrisenmanagement weiter zu verbessern. Um künftige Krisen zu vermeiden, wird während der G20-Präsidentschaft auch eine nachhaltige Verbesserung der Gesundheitswesen in Entwicklungs- und Schwellenländern thematisiert – eine Lehre, die aus der Ebola-Krise gezogen wurde. Einen weiteren Schwerpunkt bildet der weltweite Kampf gegen Antibiotika-Resistenzen. Weitere Informationen zur globalen Gesundheitspolitik der Bundesregierung finden Sie auf www.bundesgesundheitsministerium.de unter der Rubrik Themen -



Internationale Gesundheitspolitik. Zudem begleitet die VENRO AG Gesundheit kritisch die genannten Aktivitäten und veröffentlicht Stellungnahmen zum Thema globale Gesundheit und G20 unter www.venro.org/themen/themen-gesundheit. Auch auf dem diesjährigen Gipfel des zivilen gesellschaftlichen Zusammenschlusses (C20), welcher im Vorfeld des G20-Treffens vom 18. bis 19. Juni 2017 in Hamburg stattfindet, wird das Thema „Global Health“ eine zentrale Rolle spielen. Weitere Informationen unter <http://civil-20.org>.

Info: Bundesministerium für Gesundheit, Rochusstr. 1, 53123 Bonn, Tel.: 0228/994410, poststelle@bmg.bund.de, www.bundesgesundheitsministerium.de

Bundesratsinitiative für Beitritt zu Hilfe-Fonds „SHE DECIDES“

Der Bundesrat hat auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen die Bundesregierung aufgefordert, sich an dem neuen Hilfsfonds „SHE DECIDES“ zu beteiligen. Nachdem US-Präsident Trump alle US-Entwicklungshilfe-Mittel für Hilfsorganisationen, die Frauen in Ländern des Globalen Südens den Zugang zu Angeboten der Gesundheitsprävention und Familienplanung vermitteln, gestrichen hat, ist die Arbeit vieler internationaler Gesundheitsdienste bedroht. Ohne die Arbeit von Familienplanungsdiensten wie der International Planned Parenthood Federation (IPPF) sieht NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens die Vergrößerung von Armut sowie die Verbreitung von Infektionskrankheiten als vorprogrammiert. Deshalb plädiert sie für die Unterstützung des neuen von den Niederlanden initiierten Fonds, der die rund 600 Mio. Dollar wegfallende US-Finanzhilfe ersetzen soll. „Gesundheit ist ein Menschenrecht. Was für uns selbstverständlich ist, kann in vielen Ländern der Erde aber nur mit internationaler Hilfe ermöglicht werden.“, so Steffens. Die Ministerin erinnert zudem an die Beschlüsse der Millenniumskonferenz 2000, bei der sich Vertreter/-innen aus 189 Ländern die Stärkung von Frauenrechten, die Verbesserung der Gesundheit von Müttern sowie die Verringerung der Kindersterblichkeit und die Eindämmung von HIV als Ziel gesetzt haben.

Info: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Ansprechpartner: Nalan Öztürk, Tel.: 0211/86184246, nalan.oetzuerk@mgepa.nrw.de, www.mgepa.nrw.de

“ **Gesundheit ist ein Menschenrecht. Was für uns selbstverständlich ist, kann in vielen Ländern der Erde aber nur mit internationaler Hilfe ermöglicht werden.** ”

Nachhaltigkeitsstrategie: RENN.west nimmt seine Arbeit auf

Die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ist eine Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte: So wurden mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vier Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategie (RENN) eingerichtet. Sie wollen themenübergreifend vernetzen und informieren, um die Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu unterstützen. Für die Arbeit der RENN.west kooperieren unter Federführung der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. (LAG 21 NRW), die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) e. V. aus Hessen, die Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH, der Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier, das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN) e. V., die Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH sowie Germanwatch e. V. Mit ihrem Sitz in Bonn betreut RENN.west die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz sowie das Saarland. Zentrales Anliegen ist es, sektorales Denken und Handeln zunehmend zu überwinden und integrierte Lösungsansätze für eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. So ist die Heterogenität des Netzwerkes seine besondere Stärke: Mit den bestehenden Partner/-innen baut RENN.west auf ein weit verzweigtes Netzwerk und eine breite Fachkompetenz. Interessierte Akteur/-innen sind eingeladen, sich in die Arbeit des Netzwerkes einzubringen.

Info: Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21) e. V., RENN West Projektbüro, The Square, Fritz-Schäffer Str. 26, 53113 Bonn, Ansprechpartnerin: Marie Halbach, Tel.: 0228/20717650, west@renn-netzwerk.de, www.lag21.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Fair Handeln Messe 2017

Vom 20. bis 23. April 2017 findet in Stuttgart die internationale Fach- und Verbrauchermesse FAIR HANDELN statt. Sie steht unter der Schirmherrschaft des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Fachliche und ideelle Trägerin ist die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ). Die FAIR HANDELN ist eine Messe für alle, die sich engagiert für ein global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln einsetzen. Sie stellt einen Marktplatz für den Fach- und Einzelhandel dar, der

fair gehandelte Produkte, Nahrungsmittel, Textilien, Kosmetik, Kunst etc. anbietet. Darüber hinaus werden Themen wie Verantwortliche Unternehmensführung (CSR), Nachhaltiger Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit mit Hilfe des Rahmenprogramms in zahlreichen Bildungsveranstaltungen und Foren beleuchtet. Informationen zu Eintrittspreisen und Programm unter www.messe-stuttgart.de/fairhandeln. Der World University Service (WUS) wird im Auftrag der 16 Deutschen Länder einen Messestand betreuen, um die entwicklungspolitischen Ziele und Aktivitäten der Länder vorzustellen.

Info: Landesmesse Stuttgart GmbH, Messeplaza 1, 70629 Stuttgart, Tel.: 0711/185600, info@messe-stuttgart.de, www.messe-stuttgart.de

BAYERN

Eröffnung einer Handwerksschule für syrische Flüchtlinge im Libanon

Europaministerin Dr. Beate Merk hat sich am 31. Januar 2017 bei der Eröffnung einer Handwerkerschule für syrische Flüchtlinge im Libanon für einen Ausbau der Fluchtursachenbekämpfung ausgesprochen. Ministerin Merk: „Wir wollen dem Flüchtlingsstrom nach Europa auch durch Hilfe vor Ort begegnen, daher handeln wir und schaffen Perspektiven für junge Menschen in ihrer Heimatregion.“ Die Schule liegt in der ca. 50 km östlich von Beirut liegenden Bekaa-Ebene und wird von Bayern mit 400.000 Euro unterstützt. Projektträger ist der gemeinnützige Verein Orienthelfer e. V. Das Projekt wird fachlich von den beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz gGmbH) begleitet, die seit über 20 Jahren Berufsbildungsprojekte in Asien, Afrika und Lateinamerika durchführen. Die Schule ist auf bis zu 500 Schüler/-innen aus neun Flüchtlingscamps ausgelegt, die eine schulbegleitende fachpraktische Ausbildung in unterschiedlichen Bereichen erhalten. Der Libanon ist Schwerpunktland des im Juli 2016 beschlossenen Sonderprogramms der bayerischen Staatsregierung zur Schaffung von Perspektiven für Flüchtlinge in ihren Heimatländern. Durch das Sonderprogramm sollen Projekte vorrangig in der Wasser- und Gesundheitsversorgung, der schulischen und beruflichen Bildung sowie Projekte für Frauen und Verwaltungsprojekte gefördert werden.

Info: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München, Tel.: 089/122220, direkt@bayern.de, www.bayern.de

BERLIN

Impulse für Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung gesucht

Zur 17. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) am 29. Mai 2017 stellen die Veranstalter/-innen die Frage, was Nachhaltigkeit konkret bedeutet. Mit einem Call for Ideas werden Beiträge und Impulse gesucht, die aktuelle Perspektiven zu Nachhaltigkeit aus Praxis und Wissenschaft in den Fokus rücken. Dafür werden Interessent/-innen gesucht, die ihre Ideen als fünfminütigen Impulsvortrag den rund 1.000 Nachhaltigkeits-Akteur/-innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft präsentieren wollen. Die Anmeldung ist demnächst unter www.nachhaltigkeitsrat.de/jahreskonferenz möglich. Zudem erfolgt während der Konferenz die Auszeichnung von vier Transformationsprojekten, die der RNE mit dem Qualitätssiegel „Projekt Nachhaltigkeit 2017“ ausgezeichnet hat. Im Rahmen von „Projekt Nachhaltigkeit“ wurde insgesamt 67 Projekten und Initiativen das Siegel verliehen. Die Transformationsprojekte sind langfristig angelegt und zeigen ein besonders großes Potenzial, die Welt im Sinne der Agenda 2030 nachhaltiger zu gestalten. Alle ausgezeichneten Projekte können unter www.tatenfuermorgen.de eingesehen werden.

Info: Rat für Nachhaltige Entwicklung, Geschäftsstelle c/o GIZ, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin, Tel.: 030/338424121, info@nachhaltigkeitsrat.de, www.nachhaltigkeitsrat.de

BRANDENBURG

Broschüre zu den globalen Nachhaltigkeitszielen

Der Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB) e. V. gibt in Kooperation mit WeltTrends e. V. jährlich eine Publikation der Schriftenreihe „Forum Entwicklungspolitik Brandenburg“ heraus. Die aktuelle Ausgabe „Entwicklungsland Brandenburg?“ nimmt die Agenda 2030 und ihre Bedeutung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg in den Blick. So ist ein Bericht zur aktuellen Arbeit des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg Teil der Publikation, der einen Einblick darüber gibt, was sich hierzulande in puncto Umsetzung und Weiterführung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Nachhaltigkeitsstrategie tut. Zudem gibt es einen Beitrag, der sich mit dem Bemühen um ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit für Unternehmen in Brandenburg beschäftigt. Die Broschüre kann auf der Seite www.venrob.org unter „Aktuelles und Aktivitäten“ heruntergeladen werden.

Info: Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB) e. V., Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam, Tel. 0331/7048966, info@venrob.org, www.venrob.org

NIEDERSACHSEN

Tagung Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes Niedersachsen

Am 1. Februar 2017 fand in Hannover die von der niedersächsischen Staatskanzlei geförderte Fortbildung für Führungskräfte der Landes- und der Kommunalverwaltung „Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes Niedersachsen - Gemeinsames Handeln für nachhaltige Entwicklung“ statt. Die sehr gut besuchte Veranstaltung wurde durch Frau Kremer von der Niedersächsischen Staatskanzlei eröffnet. Im Anschluss gab es mehrere Vorträge zu den Themen „Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ (Jens Martens - Global Policy Forum), „Innenpolitische Integration der SDG's fördern“ (Okka Lou Mathis - Deutsches Institut für Entwicklungspolitik), „Die Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Niedersachsen“ (Nicole Ewert-May - Niedersächsischen Staatskanzlei) sowie „Praxisbeispiele der Umsetzung“ (Dr. Kambiz Ghawami - WUS). In den Vorträgen wurden die unterschiedlichen Facetten der Thematik beleuchtet und neben Zielen und Leitlinien konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Zudem wurden in drei Workshops die Themenfelder „Beschaffung und fairer Handel“ (Dr. Kambiz Ghawami), „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Michel Danner) und „Klimaschutz und Ressourceneffizienz“ (Daniel Farnung) behandelt. Mit einem zusammenfassenden Abschlussvortrag durch Herrn Prof. Harald Heinrichs von der Leuphana Universität wurde die Tagung abgerundet. Die Fortbildung wurde seitens des Studieninstituts des Landes Niedersachsen durchgeführt. Weitere Informationen unter www.sin.niedersachsen.de/fortbildung/themen/.

Info: Studieninstitut des Landes Niedersachsen, Lange Str. 86, 31848 Bad Münder, Tel.: 05042/9410, poststelle@sin.niedersachsen.de, www.sin.niedersachsen.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Gesundheitsprojektförderung in Syrien

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat 2016/2017 ein Gesundheitsprojekt von action medeor in Syrien mit rund 200.000 Euro gefördert. Aufgrund des andauernden Bürgerkrieges in Syrien ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung nur unzureichend gewährleistet. Über elf Millionen Menschen benötigen medizinische Unterstützung; laut WHO-Angaben werden 50 Prozent der Krankenhäuser und Kliniken in Syrien nicht mehr betrieben. Zudem haben viele Ärzt/-innen die Bürgerkriegsregionen verlassen. In den vergangenen Monaten hat sich die Situation in den umkämpften Gebieten wegen der Luftangriffe auf Aleppo, die zu mehr als 15.000 zusätzlichen Vertriebenen in der Region Idlib geführt haben, stark verschlechtert. Die von der Staatskanzlei geförderte Maßnahme beinhaltete sowohl die Lieferung medizinischer Geräte für eine Spezialklinik vor Ort als auch eine damit verbundene Weiterqualifizierungsmaßnahme des dort tätigen medizinischen Personals an den Geräten. So können

die syrische Lokalbevölkerung und die Vertriebenen über die Grundversorgung hinaus besser medizinisch versorgt werden.

Info: Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Stadttor 1, 40219 Düsseldorf, Ansprechpartner: Wael El-Gayar, Tel.: 0211/8371001, wael.el-gayar@stk.nrw.de, www.land.nrw

Eine-Welt-Engagement im Vorfeld der Landtagswahlen

Mit der Verabschiedung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie im Juni 2016 besteht für Nordrhein-Westfalen ein themenübergreifender Handlungsrahmen für die Transformation hin zu einer sozial gerechten, ökonomisch erfolgreichen und ökologisch verantwortlichen Gesellschaft. Sie ist unter www.nachhaltigkeit.nrw.de unter der Rubrik „Themen“ abrufbar. Der Entwicklungsprozess wurde vom Eine Welt Netz NRW sowie von zahlreichen weiteren Akteur/-innen aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Kirchen, Wirtschaft und Wissenschaft konstruktiv begleitet. In einer Stellungnahme laden die Akteure die jetzige und zukünftige Landesregierung sowie die Landespolitik ein, gemeinsam auf Grundlage der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie die Entwicklung und Umsetzung eines neuen Gesellschaftsvertrags anzugehen. Im September 2016 hat das Eine Welt Netz NRW zudem ein Arbeitspapier beschlossen, das Positionen des Eine-Welt-Engagements im Umfeld der Sustainable Development Goals beschreibt. Es kann von Engagierten und Gruppen genutzt werden, z. B. bei Gesprächen mit Politiker/-innen im Vorfeld der Landtagswahl am 14. Mai 2017. Beide Publikationen können unter www.eine-welt-netz-nrw.de unter der Rubrik „Themen“ und „Nordrhein-Westfalen“ heruntergeladen werden.

Info: Eine Welt Netz NRW, Achtermannstr. 10-12, 48143 Münster, Ansprechpartner: Manfred Belle, Tel.: 0251/284669, manfred.belle@eine-welt-netz-nrw.de, www.eine-welt-netz-nrw.de

RHEINLAND-PFALZ

Konferenz zu sozialverträglicher Beschaffung von IT-Hardware

Mit dem Ziel den bundesweiten Austausch zwischen Akteur/-innen des öffentlichen Beschaffungswesens, der Landes- und Kommunalpolitik, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen sowie IT-Unternehmen zu fördern, findet vom 22. bis 23. Mai 2017 die 5. Fachkonferenz für sozialverträgliche IT-Beschaffung in Mainz statt. Gemeinsam

mit WEED e. V. wird die Veranstaltung von den drei entwicklungspolitischen Landesnetzwerken in Rheinland-Pfalz (ELAN e. V.), Hessen (EPN e. V.) und Saarland (NES e. V.) organisiert. Neben thematischen Vorträgen und praxisorientierten Workshops bietet die Konferenz die Möglichkeit sich mit aktuellen Ausschreibungen unter Berücksichtigung der Sozialstandards zu befassen. Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch, zwischen denen simultan gedolmetscht wird. Weitere Informationen finden Sie unter www.faire-beschaffung.de. Anmeldungen sind bis zum 1. Mai 2017 erwünscht.

Info: *Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e. V. (ELAN), Frauenlobstr. 15-19, 55118 Mainz, Ansprechpartnerin: Katja Voss, Tel.: 06131/9720867, voss@elan-rlp.de, www.elan-rlp.de*

SACHSEN

Beschlussvorlage der Stadt Leipzig zur Umsetzung der Agenda 2030

Am 18. Januar 2017 wurde in der Sitzung des Leipziger Stadtrats mit großer Mehrheit ein Beschluss zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) verabschiedet. Die Verwaltung wurde damit beauftragt, ergänzend zur Vorlage des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) eine Übersicht vorzulegen, wie die Handlungsschwerpunkte der SDG in Leipzig entweder im Rahmen des INSEK oder mit ergänzenden Maßnahmen und Projekten bearbeitet werden können. Die Stadt Leipzig schließt sich der Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags an. Darin können Städte ihre Bereitschaft signalisieren, sich für ausgewählte Themen der Nachhaltigkeit zu engagieren. Der Beschluss begrüßt die Agenda 2030 und die darin enthaltenen SDG, die neue Handlungsansätze zur Bekämpfung globaler Herausforderungen definieren. Die Ziele zeigen die Verantwortung für öffentliche Güter wie Wasser, Boden, biologische Vielfalt oder gesunde Luft als Lebensgrundlage auch in den wirtschaftsstarken Ländern des Nordens auf. Die Meldung der Stadt und die Beschlussvorlage sind unter www.leipzig.de im Newsarchiv zu finden.

Info: *Stadt Leipzig, Referat Kommunikation, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig, Tel.: 0341/1232021, online-redaktion@leipzig.de, www.leipzig.de*

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Vorträge sowie über Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikator/-innen im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

www.wusgermany.de/de/globales-lernen/informationsstelle-bildungsauftrag-nord-sued/eine-welt-veranstaltungskalender

THÜRINGEN

Parlamentarischer Beirat zur Nachhaltigen Entwicklung eingerichtet

Thüringen ist das erste Deutsche Land, das nach Vorbild des deutschen Bundestages einen „Parlamentarischen Beirat zur Nachhaltigen Entwicklung“ an seinem Landtag einrichtet. Bereits im Dezember 2016 hat Thüringen gezeigt, dass es sich den internationalen Verpflichtungen im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung stellen will: Der Landtag fasste einen Beschluss zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrages der Vereinten Nationen vor Ort. Zwar gibt es in einigen Deutschen Ländern eigene Nachhaltigkeitsräte oder wissenschaftliche Beratungsgremien, einen Beirat auf parlamentarischer Ebene gab es bisher allerdings nicht. Initiiert wurde der Beirat von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Dagmar Becker, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses, Tilo Kummer. Vorangetrieben wurde der Prozess vom Beirat zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen, in denen auch Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft sitzen. Im parlamentarischen Beirat sollen Abgeordnete aus allen Fachausschüssen auf eine Ausgestaltung von Gesetzen und Richtlinien im Sinne Nachhaltiger Entwicklung hinwirken und die Umsetzung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie begleiten.

Info: *Geschäftsstelle des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung, c/o Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, Ref. 42, Beethovenstr. 3, 99085 Erfurt, Tel.: 0361/3799180, info@nachhaltigkeitsbeirat.thueringen.de, www.nachhaltigkeitsbeirat-thueringen.de*

